

Eine Professorin der San Fransisco State University gewinnt ein von Israel-Lobbyisten gegen sie angestregtes Verfahren

Nora Barrows-Friedman, electronicintifada.net, 01.11.18 (leicht gekürzt)

Drei Versuche von Pro-Israel-Strategen, eine amerikanische Professorin der San Francisco State University durch Prozesse zum Schweigen zu bringen, sind gescheitert.

Am Montag wies ein Bundesrichter in San Francisco eine Klage gegen Professor Rabab Abdulhadi und die Universität, wegen deren Forschung zu Palästina und Kritik an Israel ab. Eine gezielte einjährige Mobbing-Kampagne war angestrengt worden, um Professoren und Studenten, die sich für die palästinensischen Rechte einsetzen, zu zensieren und einzuschüchtern.

Das *Lawfare Project* ist eine Gruppe, die sich selbst als „den rechtmäßigen Arm der pro-israelischen Gemeinschaft“ bezeichnet hat

Richter William Orrick III wies diesmal den Fall mit Vorurteil zurück, was bedeutet, dass die Klage nicht erneut eingereicht werden kann, sagte *Palestine Legal* am Dienstag.

Die Klage, die ursprünglich im Juni 2017 vom *Lawfare Project* eingereicht wurde - und danach noch zweimal, nachdem sie jedesmal abgewiesen wurde - beschuldigte Abdulhadi und ihren

Arbeitgeber, eine feindliche Umgebung für jüdische Studenten zu schaffen und behauptete, dass dies auf die wachsende Unterstützung für die palästinensischen Rechte auf dem Campus zurückzuführen sei.

Das *Lawfare Project* ist eine Gruppe, die sich selbst als „den rechtmäßigen Arm der pro-israelischen Gemeinschaft“ bezeichnet hat.

Die Kläger beschuldigten die San Francisco State University, gegen Titel VI des Civil Rights Act von 1964 verstoßen zu haben, indem sie eine Rechtsstrategie anwandten, die behauptet, dass Universitäten jüdische Studenten nicht schützen, indem sie nicht gegen den Palästina-Solidaritätsaktivismus vorgehen würden.

Die Strategie wurde von Kenneth Marcus entwickelt, einem ultra-rechten Israel-Befürworter, der Anfang dieses Jahres als Direktor des Büros für Bürgerrechte im US-Bildungsministerium bestätigt wurde. Damit ist er nun für die Untersuchung mutmaßlicher Verstöße gegen das Bürgerrechtsgesetz zuständig.

In seiner Entscheidung vom Montag stellte Richter Orrick jedoch fest, dass die Kläger „reichlich Gelegenheit hatten, ihre Forderungen aus Titel VI geltend zu machen, dies jedoch nicht tun konnten“. Der Richter deutete im August an, dass er geneigt sei, die Klage in einer letzten Gerichtsverhandlung abzuweisen, gab seine Entscheidung aber erst diese Woche bekannt.

„Dies stellt eine bedeutende Niederlage für den Klageweg als legale Mobbingstrategie und das *Lawfare Project* als Organisation“ dar, sagte Liz Jackson von *Palestine Legal* gegenüber *Electronic Intifada* am Mittwoch.

Das *Lawfare Project* „reichte drei verschiedene Rechtsbeschwerden ein und hatten ein Team von Anwälten, doch sie hatten keine Fakten, die auf eine Diskriminierung hindeuteten“, fügte Jackson hinzu. [...]

„Dies ist ein Sieg für die akademische Freiheit und für das Recht auf Lehre, Forschung und Fürsprache für Gerechtigkeit in/für Palästina, als Teil der Gerechtigkeit für alle. Unsere Bewegung wurde heute bestärkt“, schrieb Abdulhadi auf Facebook.

Weiterhin fügte sie hinzu: „Wir haben mit aller Klarheit dargestellt, dass unser Engagement für Gerechtigkeit in/für Palästina eindeutig gegen alle Formen von Rassismus und Rassendiskriminierung gerichtet ist, einschließlich weißer Vorherrschaft und Fremdenfeindlichkeit, anti-arabischem Rassismus, Rassismus gegen Schwarze und Antisemitismus“.

„Unbegründet und böswillig“

Die Klage war ursprünglich im November 2017 von Orrick abgewiesen worden, doch er erlaubte den Klägern ihren Antrag zu ändern und erneut einzureichen. *Lawfare Project* reichte eine neue Version der Klage ein, aber das Bundesgericht wies im März erneut alle Klagen zurück und stellte fest, dass die Klage „viel zu lang, sich wiederholend und voller Inhalte ohne viel Relevanz“ sei. Ungeachtet dessen reichte *Lawfare Project* die Klage erneut ein. Eine erneute Klage ist nun jedoch nicht mehr zugelassen.

„Die unbegründete und böswillige Natur dieser falschen Anklage gegen Dr. Abdulhadi ist jetzt für alle sichtbar“, erklärte Mark Kleiman, Abdulhadis Anwalt. „Es hat fast zwei Jahre ihres Lebens und ihrer Arbeit für die Gerechtigkeit in Palästina beeinträchtigt, was das Ziel von *Lawfare Project* ist“, fügte er hinzu.

Die Lehre, die Studenten und Lehrende aus diesem juristischen Sieg ziehen können, sagte Jackson, „ist, dass Israels Verteidiger dich mit leichtfertigen Rechtsstreitigkeiten belästigen können, aber es wird ihnen nicht gelingen, dich zum Schweigen zu bringen, weil das Eintreten für Gerechtigkeit und Gleichheit geschützt ist“.

„Erklärte Mission“

Erklärte Mission des *Lawfare Project* ist es massive Strafen gegen Kritiker Israels zu verursachen und Forschung und freie Rede zugunsten der palästinensischen Rechte zu blockieren, so *Palestine Legal*.

2016 wurde die Direktorin des *Lawfare Project*, Brooke Goldstein dabei gefilmt, wie sie israelische Lobbyisten in New York fragte: „Warum verwenden wir das Wort Palästinenser?“. „Es gibt keine palästinensische Person“, erklärte sie.

Die ursprüngliche 73-seitige Beschwerde listete etwa ein Dutzend Vorfälle auf, von denen einige auf die frühen 90er Jahre zurückgehen - bevor viele der jetzigen Studenten der Universität geboren waren -, um ein Bild der systematischen Diskriminierung zu zeichnen.

Die Beschwerde bezog sich auf die sogenannte Antisemitismus-Definition durch das US-Außenministerium, die Kritik an Israel und seiner zionistischen Staatsideologie mit antijüdischer Fanatik verquickt.

Ein Hauptthema der Beschwerde betrifft eine Messe „Know your rights“ [Kenne deine Rechte] im Februar 2017. Muslimische, arabische und lateinamerikanische Campusgruppen organisierten die Veranstaltung als Reaktion auf die Anordnung von US-Präsident Donald Trump, die sich an Einwanderer, Flüchtlinge und Muslime richtet.

Eine israelische Interessenvertretung auf dem Campus, Hillel, behauptete, dass palästinensische Solidaritätsgruppen jüdische Gruppen diskriminiert hätten, indem sie sie nicht zur Teilnahme eingeladen hätten.

Nach einer längeren Untersuchung sprach die San Francisco State University die Organisatoren der Messe von religiöser Diskriminierung frei, befand sie jedoch verantwortlich für Vergeltungsmaßnahmen und Diskriminierung von Standpunkten.

Die Anklage behauptete auch, dass Studenten, die 2016 eine Veranstaltung mit Nir Barkat, dem rechts-extremen israelischen Bürgermeister von Jerusalem, gestört hatten, nach der Veranstaltung „feindselige und bedrohliche“ Bemerkungen machten, die zu einer Atmosphäre der „Angst und Einschüchterung jüdischer Studenten auf dem Campus“ geführt hätten.

Studenten, die eine Reihe von Gruppen auf dem Campus vertraten, protestierten gegen Barkat wegen seiner Bilanz von Zerstörungen palästinensischer Häuser, kollektiver Bestrafungen und die Unterstützung israelischer Siedlergruppen.

Hillel, das die Veranstaltung mit Barkat organisiert hatte, „verbreitete falsche Behauptungen, dass Demonstranten antisemitisch und körperlich bedrohlich gegenüber jüdischen Studenten gewesen seien“, so *Palestine Legal*.

Diese Vorwürfe führten zu einer „weit verbreiteten Schmierenkampagne und Cybermobbing“ von protestierenden Studenten, „einschließlich Todes- und Vergewaltigungsdrohungen“, sagte die Bürgerrechtsgruppe. Eine unabhängige juristische Untersuchung ergab, dass die Vorwürfe von Hillel unbegründet waren.

Ausnutzung des Massakers von Pittsburgh

Nach dem Massaker an 11 jüdischen Gläubigen in einer Synagoge in Pittsburgh am vergangenen Wochenende, sind Aktivisten und Bürgerrechtsschützer besorgt, dass Fürsprecher Israels die Morde ausnutzen könnten, um stärker auf einen anstehenden Bundesgesetzsentwurf zu drängen, der versuchen wird, Verfechter der palästinensischen Rechte, insbesondere Campus-Aktivisten der Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS), des Antisemitismus zu beschuldigen. [...]

„Als Antwort darauf müssen wir alle auf der Unteilbarkeit der Gerechtigkeit bestehen“, so Professor Abdulhadi. Niemand von ist sicher oder frei, solange wir nicht alle sicher und frei sind. Die Bedrohung geht nicht von Menschenrechtsaktivisten auf dem Campus auf, sondern von weißen Rassisten“, sagte Jackson von *Palestine Legal* gegenüber *Electronic Intifada*.

Der Gesetzgeber müsse aufgefordert werden, das Bundesgesetz abzulehnen „als verfassungswidrige und sachfremde Reaktion“ auf weiße nationalistische Gewalt. „Der wichtigste Vorgehensweise, sich auf verstärkte Angriffe auf unser Recht, die Apartheidspolitik Israels zu kritisieren vorzubereiten ist, die israelische Politik weiterhin zu kritisieren.“

Übersetzung: M. Kunkel, pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

https://electronicintifada.net/blogs/nora-barrows-friedman/victory-san-francisco-state-professor-over-pro-israel-lawfare-suit?utm_source=EI+readers&utm_campaign=919dadabff-RSS_EMAIL_CAMPAIGN&utm_medium=email&utm_term=0_e802a7602d-919dadabff-299207481